

Der Gutmensch einst und heute

☒ Wörter können, bei gleichem Wortlaut, unterschiedliche Bedeutungen haben. So hat z.B. das chinesische Wort „shi“ über 50 verschiedene Bedeutungen, die man nur aus der Tonhöhe zu erkennen vermag, in der es gesprochen wird, oder aus dem jeweiligen Satzzusammenhang versteht oder gar nur mit Hilfe des chinesischen Schriftzeichens (Piktogramm) richtig zuordnen kann. Das, was man mit Wörtern assoziiert, kann sich im Laufe der Zeit ändern oder wird in unterschiedlichen Kulturkreisen jeweils ganz eigen verstanden.

(Von Eckhardt Kiwitt, Freising)

So hat das Wort „geil“ in Österreich eine andere Bedeutung als in Deutschland, und so versteht man hierzulande z.B. unter dem Begriff „Freiheit“, tun und lassen zu dürfen was man will, solange man damit nicht die Rechte anderer verletzt. Im arabisch-muslimischen Sprachraum bedeutet Freiheit (arabisch: hurriya), kein Sklave zu sein und an den Islam „glauben“ zu dürfen.

Ähnlich verhält es sich mit dem Wort „Gutmensch“, über dessen Herkunft und Bedeutung der Autor der „Süddeutschen Zeitung“, Christian Nürnberger (Foto oben), in einem etwas wirren Beitrag im SZ-Magazin, Heft 04/2011 ([hier](#) und [hier](#)) [aufzuklären versucht](#).

So ist das Wort „Gutmensch“ nach Ansicht [Christian Nürnbergers](#), Ehemann der ZDF-Fernsehjournalistin Petra Gerster, eine Wortschöpfung der deutschen Nationalsozialisten, wofür man in der [Wikipedia](#) unter dem Stichwort „Herkunft und Verwendung“ eine, wenngleich etwas unklare, Bestätigung findet. Die Nazis münzten dieses Wort wohl auf die Gegner ihrer Tyrannei und mörderischen Terrorherrschaft, womit dem Wort „Gutmensch“ einst – und damit ganz gegen die Interessen der Nazis – eine sehr positive Bedeutung zukam.

Heutzutage verstehen wir unter einem „Gutmenschen“ etwas ganz anderes, wie uns Christian Nürnberger darlegt. Er beginnt seinen Artikel mit bemerkenswerten, vielleicht auch entlarvenden Sätzen:

Neulich, im Mainzer Kurfürstlichen Schloss, wurde der Kabarettist Lars Reichow als »Ranzengardist 2011« ausgezeichnet, was die Welt nicht weiter interessiert hätte, wenn nicht der Laudator Thilo Sarrazin geheißen hätte, der »Ranzengardist 2009«. Das fanden Antifaschisten, Antirassisten und alle weiteren üblichen Verdächtigen so skandalös, dass sie ein Auftrittsverbot für Sarrazin forderten, draußen vor dem Schloss demonstrierten, und so der großen Mehrheit drinnen das Vergnügen verschafften, sich als verfolgte Minderheit zu gebärden, die sich genötigt sieht, die Gedanken- und Meinungsfreiheit gegen die »Diktatur der Gutmenschen« zu verteidigen.

„...dass sie ein Auftrittsverbot für Sarrazin forderten ...“ darf man wohl als Diktatur der neuen Gutmenschen bezeichnen. Oder ist es etwa Ausdruck dessen, dass diese neuen Gutmenschen das in unserem [Grundgesetz Artikel 5 Satz 1](#) garantierte Recht auf freie Meinungsäußerung hochhalten und verteidigen? Eher nicht! Denn Auftritts- und Redeverbote für Leute, die eine unbequeme Meinung frei äußern wollen, kennt man aus Diktaturen.

0:1 gegen Christian Nürnberger! Sehen Sie's sportlich, Sie haben noch etliche Chancen.

Die Souveränität, mit der sich Sarrazin das Kostüm des »Beelzebubs aus Berlin« übergestreift hat, zeigt, wie genüsslich sich eine Kamarilla aus Rechten, Neoliberalen und Neocons mittlerweile im Kleid des Bösen als das eigentlich Gute geriert, wie wohl sie sich in der Rolle der vermeintlich verfolgten Minderheit fühlt, und mit welcher Lust sie in diesem Gewand auf die Guten eindrischt, um sie als die eigentlich Bösen und Dummen zu entlarven. Sie empfindet sich

als Teil von jener Kraft, die Böses will und Gutes schafft, und zitiert inflationär ihren alten Meister Adam Smith, der 1776 dekretiert hat: Nicht vom Wohlwollen des Fleischers oder Bäckers »erwarten wir unsere Mahlzeit, sondern von ihrer Bedachtnahme auf ihr eigenes Interesse«.

„...eine Kamarilla aus Rechten, Neoliberalen und Neocons ...“? Gehört der überzeugte Sozialdemokrat Thilo Sarrazin auch zu dieser „Kamarilla“ (laut „Duden“: Hofpartei; Clique in unmittelbarer Umgebung eines Herrschers, die auf diesen einen unkontrollierten Einfluss ausübt)? Und eine weitere Frage: Wer fühlt sich in der „Rolle der vermeintlich verfolgten Minderheit“? Wir nicht, Herr Nürnberger, denn wir werden nicht „verfolgt“.

Nicht vom Wohlwollen des Fleischers oder Bäckers »erwarten wir unsere Mahlzeit, sondern von ihrer Bedachtnahme auf ihr eigenes Interesse«. Was denn sonst? Glauben Sie, die Unternehmer seien allesamt Wohltäter der Heilsarmee? Die wollen Geld verdienen wie „du und ich“!

Aktueller Stand: 0:2. Setzen wir das Spiel also fort.

Liebevoll pflegt die Kamarilla daher ihre Feindschaft zu jenen, von denen sie zu wissen meinen, dass sie Gutes wollen und Böses schaffen, also die links-liberal-feministisch-schwul-lesbische Schickeria, die Grünen, die Klimaforscher, die Multikulturalisten, die Veranstalter von Live Aid und Live-8-Events-für-Afrika, die klampfenden Wir-sind-alle-lieb-Kirchentagsbesucher, und all jene Biedermänner und Biederfrauen, die das Denken durch die Moral ersetzen, nichts können, aber eine edle Gesinnung haben, nichts wissen, aber allerhand glauben und meinen, vor dem Islam in die Knie gehen, vor den Terroristen kapitulieren und die nächste Hölle vorbereiten.

Herr Nürnberger, wir pflegen keine „Feindschaft“. Wir wagen es

lediglich, gewisse Thesen kritisch und dialektisch zu hinterfragen. Z.B. das Stichwort Klimaforscher: Klimawandel hat es in der Erdgeschichte immer gegeben, und dies ganz ohne menschliches Zutun (bis zum Beweis des Gegenteils!). Im Übrigen: Was haben die „links-liberal-feministisch-schwul-lesbische Schickeria, die Grünen, die Klimaforscher, die Multikulturalisten, die Veranstalter von Live Aid und Live-8-Events-für-Afrika, die klampfenden Wir-sind-alle-lieb-Kirchentagsbesucher, und all jene Biedermänner und Biederfrauen, die das Denken durch die Moral ersetzen“, konkret bewirkt? Was hat die „Entwicklungshilfe“ der reichen Staaten den „Entwicklungsländern“ bislang gebracht außer wirtschaftliche Stagnation oder gar wirtschaftlichen und damit gesellschaftlichen Rückschritt?

0:3 gegen Christian Nürnberger.

Die Kreation dieses Klischees hatte einen Hauch von Vernunft und Witz, als es begann, damals in den Neunzigerjahren. Zu jener Zeit hörten wir seltsame Geschichten aus Amerika, zum Beispiel von einer Kellnerin, die einen Gast des Lokals verwies, weil er den Playboy las – was sie als indirekte Vergewaltigung empfand. Die Universität Berkeley soll die Aufnahmebedingungen für Schwarze gesenkt und für chinesisch- und japanischstämmige Amerikaner angehoben haben.

Wenn ich eine Frau wäre, könnte ich Punkt 1 („...seltsame Geschichten aus Amerika...“) selbstverständlich nachvollziehen. Die Aufnahmebedingungen für Schwarze zu senken und für chinesisch- und japanischstämmige Amerikaner anzuheben halte ich beiden Gruppen gegenüber für unfair. Denn wie wird dies begründet?

Treffer für Christian Nürnberger, Rückstand auf 1:3 verkürzt.

Generell sollen Schwulen, Schwarzen, Frauen, Indianern und Behinderten so viele Sonderrechte eingeräumt worden sein, dass im Mutterland des gnadenlosen Konkurrenzkampfs das

Kriterium der Leistung bei der Vergabe von Studien- oder Arbeitsplätzen für gesellschaftlich Benachteiligte nicht mehr galt. Plötzlich sah sich die weiße, männliche, heterosexuelle, nichtbehinderte Mehrheit gezwungen, sich selbst als Problem und Hindernis für die anderen wahrzunehmen.

Warum sollen einige Menschen „Sonderrechte“ erhalten, andere aber nicht? Gilt das Wort „Gleiches Recht für alle“ nicht mehr? Ich finde es OK, wenn man den Behinderten Hilfestellungen im täglichen Leben bietet – aber „Sonderrechte“? Erinnert das an das Wort „Sonderbehandlung“?

Alter Abstand: 1:4.

Auf den nächsten Absatz in Nürnbergers Ausführungen möchte ich nur kurz eingehen:

Mit den Nachrichten aus Amerika wurde auch ein neues Wort importiert: Political Correctness, meist abfällig PC abgekürzt: die Diktatur der Minderheiten, die Herrschaft der Gutmenschen, die durch Verbesserung der Sprache die Welt zu bessern glauben. »Mongoloide« hießen nun »Menschen mit Down-Syndrom« und oder »alternativ begabte Menschen«. Aus geistig Behinderten wurden »geistig Herausgeforderte«, aus Blinden »visuell Herausgeforderte«. Als sich aber ein Scherzbold das Wort »vertikal Herausgeforderte« für Kleinwüchsige ausdachte, hatte die Stunde der Satire und Parodie geschlagen. In der Zeichentrickserei Die Simpsons begegnete uns der politisch korrekte Gutmensch in Gestalt von Ned Flanders, aktives Mitglied der Kirchengemeinde, eifriger Spender für gute Zwecke, päpstlicher als der Papst (»Reverend, ich ... ich glaube, ich begehre meine eigene Frau«) und ewiger Anlass, seiner Umwelt und dem politisch total unkorrekten Homer Simpson auf die Nerven zu gehen.

Die Wortschöpfung „[Political Correctness](#)“ stammt in der Tat

aus den USA, allerdings wurde sie dort bereits im Jahre 1793, also vor fast 220 Jahren, in einem Gerichtsverfahren vor dem Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten (Fall Chisholm v. Georgia) erwähnt. Auf die übrigen Ausführungen Christian Nürnbergers in diesem Absatz möchte ich nicht eingehen, weil sie es mir nicht wert erscheinen.

Die beiden folgenden Absätze in Nürnbergers SZ-Artikel gehen m.E. unter die Gürtellinie, weshalb ich sie auf keinen Fall kommentieren möchte und hier auch nicht zitiere.

Interessanter wird es wieder im Folgenden:

Die schwarze Pädagogik hätten die Achtundsechziger zwar abgeschafft, dafür aber die moralgetränkte Zeigefingerpädagogik eingeführt. Und so mussten die armen Kinder der Achtundsechziger die geschlechtsneutrale Schreibweise erlernen, sich die Warnungen vor dem Atomkrieg, vor Atomkraftwerken, vor dem Waldsterben, vor dem unbegrenzten Wachstum und vor dem Weltuntergang anhören und sich jedes Jahr aufs Neue im Geschichtsunterricht mit den Nazis beschäftigen. Jeder von ihnen sei im Lauf seines Schülerlebens durch mindestens drei Konzentrationslager geschleift worden, klagten sie.

„...geschlechtsneutrale Schreibweise ...“ ist im Englischen nicht unüblich. The politician, the teacher, the Prime Minister, ... könnten wir auch im Deutschen einführen.

Atomkrieg – wann war der? Waldsterben – wo gibt's das noch? Weltuntergang – fand der erst kürzlich statt? Habe ich was versäumt?

Sich im Geschichtsunterricht mit den Nazis zu beschäftigen, halte ich für eine gute Idee, denn Verwandte von mir vegetierten während besagter zwölf Jahre im KZ Dachau – ja, die ganzen zwölf Jahre!

Neuer Zwischenstand: 1:5.

In den folgenden Absätzen seines Artikels wird Christian Nürnberger m.E. leider wieder recht polemisch, weshalb ich auf diese nicht eingehen möchte.

Nur einen Absatz möchte ich noch kommentieren:

Über ein halbes Jahrhundert lang wurde versäumt, die Einwanderer Deutsche werden zu lassen, und jetzt soll die fromme Bäuerin, die da aus dem hintersten anatolischen Dorf in eine deutsche Großstadt katapultiert wird, von jeder Litfaß-Säule halbnackte Frauen auf sich herabschauen sieht und vor Scham und Schreck vergeht, über Nacht zwangsmodernisiert werden.

Herr Nürnberger, WER hat versäumt, „die Einwanderer Deutsche werden zu lassen“? Welche Einwanderer meinen Sie konkret? Wer hat „die Einwanderer“ gehindert, Deutsche zu werden? Waren WIR das, oder haben „bestimmte“ Einwanderer sich aktiv geweigert, sich bei uns zu integrieren, unsere Sprache zu erlernen sowie unsere Kultur und Rechtsstaatlichkeit als in diesem Land verbindlich zu respektieren und auch zu akzeptieren?

WER hat die Bringschuld? Etwa WIR? Falls JA, dann bitte WARUM?

Oder vielleicht eher diejenigen, die freiwillig zu uns gekommen sind und weiterhin kommen in der Hoffnung auf ein besseres Leben? Auf ein Leben in Freiheit und Rechtsstaatlichkeit nach europäischen Maßstäben, das ihnen in ihren Herkunftsländern leider allzu oft verweigert wird.

Endstand in diesem Wortgefecht, wenn ich es richtig sehe: 1:6 gegen Christian Nürnberger.

Ich bin aber sehr gespannt auf Ihre Antwort und Ihre Bewertung, Herr Nürnberger, denn ich maße mir nicht an, die Wahrheit gepachtet zu haben.

PI wirkt



Sie gehört zu den Geschichten, die man so schnell nicht vergisst. [Vor drei Tagen wurde hier](#) über eine seit 30 Jahren in Deutschland lebende Türkin berichtet, deren REHA-Behandlungsunfähigkeit aufgrund fehlender Deutschkenntnisse, den verantwortlichen Oberarzt zum Abbruch der Kur veranlasste. Dass dieser infolge einer Kampagne der „[Kreiszeitung Böblinger Bote](#)“ – so die mehr als unterschwellige Darstellung des Blatts – dann deshalb seinen Job verloren habe, regte nicht wenige PI-Leser völlig zu recht auf.

(Von Thorsten M.)

Nichts anderes sagt nämlich die nachfolgende Satzkombination in dem Zeitungsartikel aus:

So kam der [Presse-] Kontakt mit der Familie [Cengiz] zustande und darauf auch die Nachfrage [der Zeitung] in der Kurklinik. Dort hat sich seit dem Vorfall einiges verändert. Dem verantwortlichen Oberarzt wurde mittlerweile gekündigt, ist zu erfahren.

Die betroffene Provinzzeitung war von der erzeugten Reaktion ihrer Kampagnen-Berichterstattung – wie es scheint – mehr als überrascht. Offenbar quoll der e-Mail-Briefkasten der Redaktion über und man sah sich unter der Überschrift „[Entrüstungsturm bläst vom rechten Rand](#)“ zu einer

halbseitigen „Klarstellung“ und Kritik an PI und seinen Lesern veranlasst:



Der wesentliche Kritikpunkt ist dabei, dass man PI „eine verzerrte Darstellung des Falls“ unterstellt. So habe die Leitung der fraglichen Kurklinik in ihrer letzten (?) Darstellung des Sachverhalts gegenüber der Zeitung Wert darauf gelegt, „dass die Kündigung des Oberarztes schon vor dem Vorfall mit Frau Cengiz erfolgte, weil der sich wegen des privaten Umfelds verändern wolle“. Dies riecht durchaus nach Schutzbehauptung, da durch den entstandenen Aufruhr offenbar alle Beteiligten das selbe Interesse haben, Ruhe in das Thema zu bekommen. Aber selbst wenn diese Aussage zuträfe, nimmt dies der Kritik an der „Kreiszeitung Böblinger Bote“ nichts von ihrer Brisanz. Denn dies ändert nichts an dem Vorwurf, dass die Zeitung sich gegenüber der Klinik zum Fürsprecher von Integrationsverweigerern gemacht hat – und ihrer Leserschaft mit der oben zitierten Wortwahl bewusst oder fahrlässig den Eindruck eines „gelungenen Abschusses“ des Oberarztes vermittelt. Für einen handwerklich sauberen Bericht fehlt nämlich eindeutig der Halbsatz „[er hat] aus anderen Gründen [die Klinik verlassen]“. Ohne das Wirken von PI wäre dies den Lesern der „Kreiszeitung Böblinger Bote“ gegenüber sicher nicht korrigiert worden – und sie wären ein Stück mehr verunsichert, wie weit man sich gegen Integrationsverweigerung im Land überhaupt noch zur Wehr setzen darf.

Für den offenbar volontierenden Schreiberling Jan-Philipp Schlecht wird dieser Vorfall – allen Kündigungsaufforderungen zum Trotz – natürlich keine negativen Folgen haben, darf er sich doch im Gegenteil jetzt ein Stück wichtiger fühlen. Schließlich trägt die Zeitung den Vorfall, wie sie schreibt, „ohne Probleme“. Sicher kann er sich mit diesem Vorgang um einen der zahllosen Zivilcourage-Preise im Lande bewerben und seine ansonsten branchenbedingt maue Berufsperspektive in der schreibenden Zunft damit etwas aufbessern.

Aber auch PI darf sich „ein bisschen wichtiger fühlen“. Denn dieser Schlagabtausch zeigt, dass sehr wohl viele Leser die Berichterstattung hier zum Anlass nehmen, Missstände gegenüber den Verantwortlichen anzuprangern. Und in der Masse kann dies offenbar eine sehr scharfe Waffe werden. Denn selbst wenn die PI-Leser in 99% der Fälle kein vergleichbares Feedback auf ihre Beschwerden bekommen, können sie sich doch darauf verlassen, dass sie die Adressaten zumindest mächtig zum Nachdenken bringen.

Eines muss an dieser Stelle allerdings auch einmal (selbst-)kritisch gesagt werden: Manche Kommentare im Thread – auf den sich die Zeitung auch bezieht – sind schon inhaltlich „grenzwertig“ und werden nur aus einem freiheitlich-amerikanischen Verständnis von Meinungsfreiheit bisher nicht gelöscht. Auch wenn man beobachten kann, dass sie sich von den unzensurierten Kommentaren auf den Webseiten der etablierten Systempresse nicht unterscheiden, liefern sie Kritikern Munition, PI – wie in diesem Fall – eine „rechtsradikale“ Haltung zu unterstellen. Bitte daher immer daran denken: Wer mit rekonstruierbarem Bezug zur Berichterstattung bei PI unsachlich und beleidigend wird, muss sich bewusst sein, dass dies auch auf das Projekt PI zurück fallen kann.

(Spürnase: Wolfram)



Südsudan – ein neuer Staat in Afrika



Während die Mainstreammedien ihren Blick nach Tunesien, Ägypten, Jordanien richten – oder worauf auch immer sich die stets vom Drang nach modernen Märchen inspirierten, oft absonderlichen Interessen europäischer Journalisten in diesen Tagen fokussieren – geht eine kleine, wichtige Nachricht unter. Wie die [Neue Zürcher Zeitung](#) berichtet, erkennt die Regierung des Sudan das Votum des Südens für eine Abspaltung an. Damit entsteht der 193. Staat der Erde, und es ist ein christlich geprägter Staat in Afrika.

Knapp vier Millionen Menschen stimmten bei dem Volksentscheid im Januar ab. 98,83% entschieden sich für eine Abspaltung des Südens vom Norden. Nun hat der Stellvertreter des per internationalem Haftbefehl wegen Völkermords gesuchten und vom türkischen Premier Erdogan protegierten Staatschef des Sudan, Omer el Baschir, verkündet, dass die Regierung das Votum anerkennen wird.

Zwanzig Jahre dauerte der Bürgerkrieg zwischen dem afrikanisch-christlichen Süden und dem arabisch-islamischen Norden. Er forderte zwei Millionen Tote. Ziel des Nordens war die Islamisierung und gewaltsame Arabisierung der Zivilgesellschaft. Die angewandten Methoden reichten von ethnischen Säuberungen über systematische Vergewaltigungen und Zwangsehen, Folterung und Verbrennung bei lebendigem Leib bis hin zu Vernichtungsfeldzügen des Nordens, die ganz offiziell

als „Heiliger Krieg“ deklariert wurden.

Am Ende siegte nun der Selbstbehauptungswille des Südens. Man darf gespannt sein, wer sich jetzt bei der EU für ihn einsetzt. Die USA haben es getan, ihnen ist es zu verdanken, dass gegen den Norden seit 1997 Sanktionen ausgesprochen wurden und seit 2002 Friedensverhandlungen stattfanden, die schließlich in das Referendum einmündeten.

(Foto oben: Der Präsident des [Südsudan](#), H.E. Salva Kiir Mayardit)

Ägypten wünscht sich mehr Islam



Unsere Medien überschlagen sich wieder einmal in der Hoffnung auf eine Demokratie westlichen Gepräges in Ägypten. Dabei würde ein Blick in die Umfragen der letzten Jahre genügen, um klarzumachen, dass die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung in Ägypten und anderen islamischen Ländern sich eine beherrschende Rolle des Islam auf die Politik wünscht.

(Von Schalk Golodkowski)

Das Pew Research Center hat am 2. Dezember 2010 [eine Umfrage aus sieben Staaten](#) veröffentlicht. Demnach finden 95% der Befragten in Ägypten es richtig, dass der Islam eine große Rolle in der Politik spielen sollte. Damit ist Ägypten Spitzenreiter und steht noch vor Indonesien und Pakistan. Bezeichnend ist, dass in Ägypten nur 48% der Ansicht sind, dass der Islam bereits jetzt eine große Rolle in der Politik des Landes spiele. Es ist also eindeutig, dass sich die Ägypter mehr Islam in der Politik wünschen, als es jetzt der Fall ist.

Die Zustimmung zu Hisbollah, Hamas und Al Qaida bewegt sich unter Ägyptens Muslimen zwischen 20% (Al Qaida) und 49% (Hamas). Die Terrororganisationen werden also zwar nicht von der Mehrheit unterstützt, haben aber trotzdem einen hohen Anteil an Befürwortern.

Eine überwältigende Mehrheit der ägyptischen Muslime spricht sich für harte Strafen nach islamischem Recht aus:

- Steinigung bei Ehebruch: 82%
- Auspeitschung/Handabschlagen bei Diebstahl und Raub: 77%
- Todesstrafe bei Apostasie (Austritt aus dem Islam): 84%

Selbstmordattentate sind nur in den Augen von 46% der ägyptischen Muslime nicht gerechtfertigt. 54% finden sie dagegen entweder oft (8%), manchmal (12%) oder selten (34%) gerechtfertigt.

Wohin wird also Ägyptens Weg wohl führen?

» Quotenqueen: [Großdemonstrationen in Ägypten](#)



Brandstiftung an Synagoge in Tunesien



Im Süden Tunesiens wurde in der Nähe der Stadt Gabès die Synagoge von El Hamma (Foto vom April 2010) gestern Abend von Unbekannten [in Brand gesteckt](#), obwohl sich unweit vom Tatort Polizisten befanden. Verbrannt sind unter anderem die kostbaren, handschriftlichen Torahrollen der Synagoge. Der Vizepräsident der jüdischen Gemeinde in Tunesien, M. Khalifa Atoun, bestätigt den Anschlag, will aber noch nicht von Judenverfolgung sprechen. Durch die Unruhen wären zahlreiche öffentliche Gebäude zu Anschlagzielen geworden, das hätte jedem passieren können, relativierte er. Dennoch hat er verstärkten Polizeischutz gefordert.

Sapere aude – Gorch Fock!



Vor einigen Monaten kam es zu einem tragischen Unglück auf dem Segelschulschiff Gorch Fock. Der Presse war dieses Unglück damals ein paar Randnotizen wert. Erst das böse Wort von der Meuterei, Monate später durch den Wehrbeauftragten in Umlauf gebracht, regte die Phantasie von ein paar Bildzeitungs-Redakteuren derart an, dass man in den Redaktionsstuben dieses Blattes beschloss, eine Kampagne gegen die Gorch Fock zu fahren und damit auch den Verteidigungsminister einem neuerlichen Streßtest auszusetzen.

Das Blatt ist zwar weniger für den Wahrheitsgehalt seiner Meldungen, dafür aber umso mehr für die Massivität seiner Kampagnen bekannt, und so wurde in den darauf folgenden Tagen eimerweise Schmutz über das Schiff gegossen. Dadurch wurde der Ruf dieses einst so stolzen Schiffes möglicherweise irreparabel beschädigt.

Im letzten Jahr gab es immer wieder Anzeichen dafür, dass die Menschen in diesem Lande sich auch von der veröffentlichten Meinung, die man hierzulande so zu haben hat, emanzipieren können. Selbst massivste Kampagnen sämtlicher Medien konnten zum Beispiel den Erfolg eines Sarrazin nicht verhindern.

„Selber denken!“ war ein Ideal der Aufklärung. Und das erfährt zur Zeit eine erstaunliche Renaissance. Die Kampagne gegen die Gorch Fock mag ein kleines Beispiel sein. Aber sie ist ein

gutes Beispiel. Denn wenn sich der Pulverdampf gelegt hat, wird ein tragischer Unglücksfall mit Todesfolge übrig bleiben. Nicht weniger, aber auch nicht mehr.

Denken wir also selber und lassen nicht zu, dass der Mythos Gorch Fock zerstört wird. Denn der ist einer der letzten positiven Mythen, die dieses Land überhaupt noch hat. Und genau das ist wohl auch der Grund für diese Kampagne.

Hier ein Offener Brief von PI-Leser Yorck Tomkyle an Verteidigungsminister zu Guttenberg:

Herrn Bundesverteidigungsminister
Dr. jur. Freiherr zu Guttenberg
Bundesministerium der Verteidigung
Stauffenbergstraße 18
10785 Berlin

Betreff: Gorch Fock

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Freiherr zu Guttenberg,

wie Sie aus meiner Adresse ersehen können, lebe ich zur Zeit in Bayern, einem Bundesland, dem Sie sich in besonderer Weise heimatlich verbunden fühlen..

Meine Heimat, in der ich aufwuchs liegt jedoch bei Kiel an der Kieler Förde. Bei uns im Hausflur hing ein großes Schwarz-Weiß-Bild der Gorch Fock. Es hing dort so weit meine Erinnerung zurückreicht, und meine Eltern waren nicht die einzigen, die ein Bild von diesem Schiff bei sich zu Hause hatten.

Wenn die Gorch Fock in ihren Heimathafen einlief, waren wir Kinder schon Tage vorher aufgereggt und jeder von uns wollte sie sehen, wenn sie so unter vollen Segeln übers Meer herangeschwebt kam. Wenn sie im Hafen lag, pilgerten die Kieler an den Kai, um sie aus der Nähe sehen zu können. Wenn

sie während der Kieler Woche in Kiel lag, führte sie selbstverständlich die Windjammerparade dieses größten Seglerfestes der Welt an – dann waren die Ufer an der Kieler Förde schwarz von Menschen und es ging ein Raunen durch die Menge, wenn unser Schiff stolz vorbeisegelte. Und wie stolz waren wir alle, als sie schließlich sogar einen Geldschein der alten Währung zierte!

Was ich damit sagen will? Dieses Schiff ist viel mehr als nur ein Schiff oder eine Schlagzeile in der Bildzeitung. Dieses Schiff ist das Symbol und der Stolz einer ganzen Region! Einer Region, der es in den letzten Jahren sehr viel schlechter ging als vielen Regionen in Bayern und die daher solche Symbole vielleicht auch etwas nötiger hat.

Sie haben in den letzten Tagen auf eine Kampagne in der Bildzeitung reagiert, indem Sie den Kapitän entließen und die Funktion der Gorch Fock als Segelschulschiff der Marine und Botschafterin Deutschlands in der Welt in Frage stellten. Möglicherweise wollten Sie mit diesen drastischen Entscheidungen eine weitere Medienkampagne (Kunduz) bereits im Keim ersticken. Politisch mag so ein Vorgehen vielleicht sogar opportun sein.

Bitte bedenken Sie aber auch, dass der Kapitän der Gorch Fock ein beliebter Marineoffizier in sehr prominenter Position ist, der es verdient hat, erst am Ende einer fairen Untersuchung be- und dann vielleicht auch verurteilt zu werden. Bedenken Sie aber vor allem, dass die Gorch Fock nicht einfach nur ein Schiff ist wie alle anderen; eine unbedeutende Verfügungsmasse, die man im Rahmen der politischen Scharaden und Schachzüge beliebig aus- und abschalten kann.

Die Gorch Fock gehört nicht nur jedem heimatverbundenen (und Sie als Franke und Oberbayer wissen, was Heimatliebe ist) Nordlicht, nein, sie gehört auch mit zum kulturellen Erbe der Bundesrepublik. Und sie ist als weltweite Botschafterin für unser Land sicher weiß Gott besser geeignet, als so mancher

Vertreter der politischen Klasse.

Hier ist größte Behutsamkeit angebracht und kein vorschnelles „Durchgreifen“, weil es der Presse gefällt. Es ist ein schwerer politischer Fehler, dieses Schiff, das immer für das „gute Deutschland“ stand, zu diskreditieren, weil es ein paar Schmierfinken von der Bildzeitung gefällt.

Es wäre deshalb nicht verwunderlich, wenn die Popularitätswerte eines Ministers, der sich an diesem Schiff vorschnell vergreift, deutlich sinken.

Hochachtungsvoll,

Tomkyle

(Foto oben: Die Gorch Fock manövriert zwischen zwei Eisbergen am St. Lawrence Golf vor der Küste Kanadas)

DIE FREIHEIT in der Süddeutschen



In der [Süddeutschen Zeitung](#) ist heute ein erfreulich unaufgeregter Artikel über die neue Bürgerrechtspartei DIE FREIHEIT erschienen. Im Zentrum steht

René Stadtkewitz, der zwar unpassenderweise als „Wilders-Light“ titulierte wird. Insgesamt jedoch zeichnet der Artikel ein recht ausgewogenes Bild von der neuen Partei, der laut Satzung jene, die „je in vom Verfassungsschutz beobachteten Organisationen dabei“ waren, nicht Mitglied werden dürfen.



Ground Zero-Imam preist 9/11-Attentäter



Was für eine Überraschung! Abdallah Adhami (Foto), der neue Imam der Moschee am Ground Zero, rühmt die 19 islamischen Terroristen, die am 11. September 2001 beinahe 3000 Amerikaner ermordet haben, als [islamische Helden](#): „Echte Muslime, die in die höchsten Ebenen des muslimischen Paradieses eingehen, sind jene, die den höchsten Preis des Opfers bezahlen mit dem Ziel, die Scharia umzusetzen, das islamische Recht“, erklärte er in einer Predigt ([Ausschnitt Mp3-Audio](#)).

Ein Traktat wider die Frauen-Karrierequote



Eines der mächtigsten Instrumente der sozialistischen Planwirtschaft, die Quote, erfreut sich auch bei immer mehr vormals „bürgerlichen“ Politikern großer Beliebtheit. Nachdem als letzte etablierte Partei im vergangenen Jahr die CSU eine Frauen-Karrierequote eingeführt hat, scheint es in der christlich-liberalen Bundesregierung kein Halten mehr zu geben.

(Von Thorsten M.)

Aktuell streiten sich – getrieben von einem gesamteuropäischen Zeitgeist – Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) und Familienministerin Kristina Schröder (CDU) lediglich darüber, ob börsennotierte Unternehmen eine fixe oder eine variable verbindliche Frauenquote für z.B. Aufsichtsräte einführen sollen. Die Frage, ob die Sache an sich sinnvoll oder notwendig ist, scheint nicht mehr im Raum zu stehen. Ministerin Schröder erlaubt sich dabei sogar, ihren Vorschlag einer „flexiblen Lösung“ als „marktwirtschaftlich“ zu rühmen.

Die Gründe für die Einführung von Quoten sind dabei hinlänglich bekannt: Man möchte mehr „Teilhabe“ von Frauen an der politischen und wirtschaftlichen Macht erreichen, man will

für „Gerechtigkeit“ und einen Mentalitätswechsel in der Gesellschaft sorgen. Man wünscht vor allem aber auch, im Zuge der Gender-Ideologie, eine Einebnung der Geschlechterunterschiede durchzusetzen und diesen Umbauprozess durch die Vorgabe von Prozentsätzen zu beschleunigen, bzw. überhaupt erst möglich zu machen.

Genau an diesem letzten Punkt setzt aber die Kritik an einem solchen künstlichen Förderystem an: Sind Männer und Frauen von Natur aus wirklich gleich und werden nur durch äußere Umstände zu dem, was sie in unserer bisherigen kulturellen Tradition sind? – Oder gibt es doch in Körperbau, Denkstruktur und Hormonsystem begründete Geschlechterunterschiede, die eben eine bestimmte Regel-Rollenverteilung zwischen Mann und Frau als symbiothisch sinnvoll erscheinen lassen? Könnte es zum Beispiel sein, dass eine Gesellschaft in der Summe erfolgreicher ist, wenn sie für sich sowohl die männliche Begabung für Aggressivität als auch die weibliche für Hingabe nach außen und innen nutzt?!

Auch der SPIEGEL versucht sich diese Woche in einer Titelstory mit einem flammenden Plädoyer für die Quote an diesem Thema. Die „Gretchen-Frage“, die er dabei aufwirft, ist, wie es sein könne, dass 51% der Hochschulabsolventen – und inzwischen 60% der Absolventen von Wirtschaftsstudiengängen – Frauen seien, aber nur 3,2% der Vorstände und 21,7% der Inhaber von Führungspositionen in Deutschland. So souverän selbstkritisch, wie er dabei die Unterpräsenz von Frauen in den Führungspositionen der eigenen Redaktion aufspießt, so einfältig zeigt er damit, wie er an überkommenen, numerischen Vorstellungen von Macht festhält. Als ob es z.B. die tatsächlichen Machtverhältnisse in jedem Haushalt, das ständige Damoklesschwert, dass Väter im Scheidungsfall meist ihre Kinder verlieren, nicht gäbe. Und als ob in Firmen die „faktische Macht durch Wissen und Fleiß“ keine Rolle spielen würde.

Etwas deprimiert befasst sich der SPIEGEL in seinem als

„Streitschrift“ deklarierten Artikel auch mit der beobachteten Tatsache, dass die breite Masse der Frauen gar nicht nach hierarchischer Macht und Männerwelt-Wettbewerb strebt. Es wird sehr lange auf ein von der früheren taz-Chefredakteurin Bascha Mika in diesem Monat publiziertes Buch eingegangen, das sich intensiv mit dem Sachverhalt, dass die Frauen gar nicht unter der bestehenden Rollen- und Karriereverteilung leiden, sondern sie vielmehr zu genießen scheinen, auseinandersetzt. Leider zieht das Leitmedium der deutschen Wochenpresse – wie häufig bei solchen Themen – die falschen Schlüsse: Man glaubt, eben mit noch ein bisschen mehr „Social engineering“ nachhelfen, die Frauen „zu ihrem Glück zwingen“, zu müssen.

Der Widerstand in der deutschen Wirtschaft ist dabei vor dem Hintergrund des real existierenden oder absehbaren Fachkräftemangels nur noch ein Rückzugsgefecht. In Zeiten sich halbierender Schulabgängerzahlen, ist man bereit, dabei mitzumachen, auch noch die letzte Hausfrau und Mutter dreier Kinder aus ihrer vermeintlichen „Wohlfühlzone“ zu Hause in die Betriebe zu holen. Dass dies aber der Mobilisierung des „Volkssturms“ in der Endphase eines verlorenen Krieges gleich kommt, erkennt in der kurzfristigen Legislaturperiodendenke unserer Zeit niemand. Denn diese Form der karriereorientierten Frauenerwerbstätigkeit und der dahinter stehende Geist, werden auch in Verbindung mit noch so viel staatlicher Kinderbetreuung, den demographischen Zusammenbruch der Industriegesellschaften nicht aufhalten, sondern vielmehr weiter beschleunigen. Und diesen Zusammenhang herzustellen in dieser Diskussion ist zwingend, da der Faktor Humankapital in Industriegesellschaften der entscheidende Produktionsfaktor überhaupt ist und damit jedes Gesellschaftsmodell unter „Demographie-Vorbehalt“ stellt. Reproduzieren sich eine Gesellschaft oder ein Volk unter den bestehenden Rahmenbedingungen nicht, müssen sich diese so lange ändern, bis das Gleichgewicht wieder hergestellt ist – oder sie sind dem Untergang geweiht.

Sprechen wir doch einmal Klartext: Von den Frauen, die Anfang der 60er-Jahre in Deutschland geboren wurden, werden etwa 26% lebenslänglich aus gesundheitlichen, privaten oder Selbstverwirklichungsgründen kinderlos bleiben (Akademikerinnen: 42%!). Dies bedeutet für ein demographisches Gleichgewicht nicht weniger als 2,8 Kinder, die zum Ausgleich die übrigen 74% der Frauen dieser und nachfolgender Generationen bekommen müssten, um nicht immer wieder aufs Neue auf massive Einwanderung angewiesen zu sein. In keinem hier als vorbildlich geltenden Land, wie Norwegen oder Frankreich gibt es aber unter den Müttern mit drei kleinen Kindern eine nennenswerte – und erst recht karriereorientierte – Beteiligung am Erwerbsleben. (Diese ist gar nicht möglich, wer anderes behauptet verhöhnt die Arbeit von dreifach Müttern!) Und keines dieser Länder erreicht auch annähernd unter der autochtonen Bevölkerung eine wirkliche Reproduktion wegsterbender Generationen. Die Islamisierung über Einwanderung und Kreißsäle schreitet auch dort – nur eben in unterschiedlichem Tempo – voran. Selbst eine scharfe Ausländerpolitik allein würde daran nichts ändern. Denn kein Land mit Wohlstand kann sich in der heutigen Situation, bezogen auf die Bevölkerung „gesund schrumpfen“, da auf die heutige Einwohnerzahl ausgelegte Infrastrukturen in der Logik kommunizierender Röhren die Länder automatisch mit – und sei es illegalen – Einwanderern füllen. Vom so angelegten Zusammenbruch der Sozialsysteme gar nicht zu reden.

Wie Warren Beatty es so schön formulierte – und auch für die Islamisierung gilt: „It's all demographics“.

Wollen wir also unsere Kultur und Identität erhalten, müssten deutlich über die Hälfte der Frauen drei, und ansonsten so viele wie möglich wenigstens zwei Kinder bekommen. An deren Lebenswirklichkeit geht aber die Karriereförderung durch Quote und die gleichzeitig von der Politik geäußerte Erwartungshaltung an ihr Karrierebestreben völlig vorbei. Wollen wir die völlige Überfremdung unseres Landes vermeiden,

müssen wir Frauen in der Gesellschaft auch wieder in ihrer Rolle als Mütter annehmen, ihnen für die Leistung zwei oder drei Kinder groß zu ziehen Sozialprestige (und Geld) zuteil werden lassen. Diesen Frauen hilft – neben Kinderbetreuungsmöglichkeiten – viel eher ein Sozialsystem, das Arbeitgeber von vor- und nachgeburtlichen Krankheitskosten entlastet und damit perverse Anreize beseitigt. Für diese Frauen müssen vermehrt Teilzeit-Arbeitsangebote geschaffen werden. Außerdem müssen hochwertige, von der Allgemeinheit zu tragende, berufliche Requalifizierungsangebote nach einer längeren Familienphase geschaffen werden.

Und selbst eine staatlich vorgeschriebene Überweisung von jeweils 50% des Netto-Gehalts eines Familienvaters auf ein Konto seiner Frau könnte ein gar nicht so abwegiger Beitrag sein, die von der Mehrheit der Frauen immer noch gerne ausgeübte Haupttätigkeit als Humankapital-Familien-Manager weiter aufzuwerten. (Natürlich würde es dann immer öfter auch den umgekehrten Fall geben, wo allein schon aufgrund der besseren Berufsausbildung der Frau dann der Mann zu Hause bliebe.) Und selbst wenn wir auf diesen Schritt verzichten. Allein die immer noch durchschnittlich sechs Jahre mehr Lebenserwartung, über die Frauen nicht nur in Deutschland verfügen, relativieren nicht nur die Frage nach dem Lebenseinkommen, sondern führen auch dazu, dass die Weitergabe der Vermögenswerte einer Generation in der Regel eine Frauenangelegenheit ist. Auch dies ist ein beträchtliches Stück ausgleichender Frauenmacht, das marktfeindliche Frauen-Karrierequoten entbehrlich machen sollte. Nicht zu reden von den Begehrlichkeiten, die solch eine Quote morgen unter Legasthenikern, kleinen Menschen oder Kurzsichtigen hervorrufen könnte – von Migranten ganz zu schweigen.

» BILD: [Frauenquote: Werden nicht auch Männer benachteiligt?](#)

» Achgut: [Quoten für alle! Ein paar frische Vorschläge](#)

Welt hofiert Bremer Türken-Partei



Schon als sich die politische Gruppierung von Türken in Bremen formierte, erhielt diese von den gleichgeschalteten MSM ungewöhnlichen Raum in der Berichterstattung (PI [berichtete](#)). Obwohl bei Wahlen völlig bedeutungslos, hat der Welt-Korrespondent für Norddeutschland, Ulrich Exner (50, Foto), jetzt noch einmal in einer Form nachgelegt, wie sich diese kleinere Gruppierungen wie die BIW in Bremen nur wünschen können.

Die Welt [schreibt](#):

Migranten kämpfen mit eigener Partei um Stimmen

Die „Bremische Integrationspartei“ besteht aus gebildeten Migranten, die es besser machen wollen. Noch ist sie vor allem mit sich selbst beschäftigt.

Ist das ein Trend? Oder nur ein weiteres kleines Teilchen im Puzzle der auseinanderdriftenden Einzelinteressen dieser Republik? Nordrhein-Westfalen machte im vergangenen Mai den Anfang. Zur Landtagswahl trat mit dem Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit (BIG) erstmals eine Partei an, die sich nachdrücklich dem Thema Integration widmete und ausdrücklich um die Stimmen von Menschen warb, deren Familien nach

Deutschland eingewandert waren. Mit mäßigem Erfolg: 0,2 Prozent der Wähler votierten für die BIG.

Abschreckende Wirkung hatte diese kleine Bauchlandung nicht. Zu den Bürgerschaftswahlen in Hamburg und Bremen haben sich ebenfalls Migrationsparteien angemeldet. In Hamburg versucht es erneut die BIG. In Bremen dagegen hat sich eigens die weltliche Bremische Integrationspartei (BIP) gegründet, eine Handvoll vorwiegend türkischstämmiger Unternehmer, Akademiker, Bildungsbürger, die es besser machen wollen.

Aber das ist sehr mühselig. Weshalb es auch nicht ganz leicht ist, in Kontakt zu kommen mit den Verantwortlichen der Integrationspartei, deren aktives Mitgliederpotenzial auf gut 20 geschätzt wird und deren Pressesprecher und Vorstandsmitglied, Ugur Teker, jetzt auch schon wieder auf heißen Kohlen sitzt. 20 Minuten hat er mitgebracht in ein Café in der Bremer Innenstadt, wofür man bitte Verständnis haben möge. Man engagiere sich schließlich auf „Freizeitbasis“, und die vielen Presseanfragen hätten die Partei, „gerade in den ersten Wochen“, schlicht überrannt. Derzeit arbeite man intensiv an einem Wahlprogramm, das nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund ansprechen soll, sondern alle Bürger, denen dieses Thema am Herzen liege. Das wird auch nötig sein.

Um die rund 26.000 wahlberechtigten Bremer mit Migrationshintergrund mühen sich auch die etablierten Parteien gerade nach Kräften. So hat die CDU quasi in letzter Minute Oguzhan Yazici nominiert, einen in Deutschland geborenen Sohn türkischer Einwanderer, der erst wenige Tage vor der Listenaufstellung in die CDU eingetreten war. Mit ihm wolle man „Anreize für neue Wählerschichten setzen“, verkündete Parteichef Thomas Röwekamp frohgemut.

Die Union ist damit allerdings ein wenig hinterher. Sowohl SPD als auch Grüne und Linke haben an der Weser bereits bei der Bürgerschaftswahl 2007 darauf geachtet, Kandidaten mit

Migrationshintergrund aussichtsreich zu listen, auch wenn man damit womöglich so manchen deutschstämmigen Anwärter ein wenig vor den Kopf stieß.

*Aber auch den Politik-Neulingen ist die plötzliche Karriere nicht nur gut bekommen. Sirvan Cakici zum Beispiel, die 2007 von der frisch fusionierten Linkspartei zur Bürgerschaftskandidatur überredet worden war („die suchten unbedingt eine Türkin“) lässt heute kein gutes Haar mehr an ihren damaligen Genossen. Denen sei es „nur um Geld und Macht gegangen“, Inhalte hätten jedenfalls in der Partei kaum eine Rolle gespielt. Dafür jede Menge Schmutz und Denunziation. **Cakici fand sich erst ob ihres – mit dem kriminellen Milieu verbandelten – Bruders in den Schlagzeilen, dann wegen der (später zurückgezogenen) Anzeige einer vermeintlichen Nebenbuhlerin.***

An diesem Punkt hat Ulrich Exner entweder schlecht recherchiert, oder ganz bewusst manipuliert: Das Strafverfahren gegen die “ehrenwerte Landtagsabgeordnete” Sirvan-Latifah Cakici, wo diese einer Nebenbuhlerin damit gedroht haben soll: „Ey, isch kenne Leute, die Regeln das“ [wurde letztendlich von der StA Bremen unter Auflagen](#) (Zahlung einer Geldbuße in Höhe von 300 Euro zugunsten einer gemeinnützigen Einrichtung) gemäß § 153a StPO eingestellt.

Die Großmutter meistert den Alltag – die Enkel haben Probleme

Trotz eines Wechsels zur SPD steht für sie heute fest, „dass ich mir nicht mehr vorstellen kann, als Abgeordnete zu arbeiten“. Man muss an dieser Stelle vielleicht einmal einfügen, dass die Bremer SPD sich glücklich schätzen könnte, wenn Cakici diese Konsequenz noch einmal überdenken würde. Die 30-jährige Studentin der Gesundheitswissenschaften, deren Eltern 1979 nach Deutschland gekommen waren, gehört zu den eloquenteren Sozialdemokraten; ihre Thesen und Reden haben Hand, Fuß und womöglich auch Zukunft. Integrationspolitik,

sagt sie, ist wichtiger denn je, da ein Teil der heutigen Einwanderergeneration „sehr viel mehr Integrationsprobleme“ habe als die Generation ihrer Eltern. In Bremen-Gröpelingen zum Beispiel, türkische Läden, türkische Zeitungen, türkische Nachbarn, „da braucht man gar kein Deutsch“. „Meine Großmutter dagegen, die kann man heute hier losschicken, die meistert den deutschen Alltag.“ Dabei lebt die Oma längst wieder in Istanbul. Wenn sie einen Rat geben sollte, sagt Sirvan Cakici zum Abschluss ihrer vierjährigen Karriere in der „großen“ Bremer Politik, dann den, dass man besser im Kleinen anfangen sollte. „Von der Pike auf“, das sei für sie der richtige Weg zu einer besseren Politik. (...)

» [PI-Gruppe Bremen: Aufruf zur Mitarbeit](#)

(Spürnase Martin S.)